



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

146. Ratssitzung vom 25. Juni 2025

4769. 2025/26

Jugendvorstoss von Irem Dönmez und Khando Chushetsang vom 09.12.2024: Psychische Gesundheit in der Sekundarschule stärken

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, den Jugendvorstoss in Form eines Postulats zur Prüfung entgegenzunehmen.

Irem Dönmez begründet den Jugendvorstoss (vergleiche Beschluss-Nr. 4219/2024): Stellen Sie sich vor, dass sie zwei Wochen lang jeden Tag eine Prüfung haben, gleichzeitig eine Schnupperlehre absolvieren, eine Lehrstelle suchen, den normalen Schulstoff bewältigen und dabei möglichst ruhig und stark bleiben sollen. Für uns Jugendliche in der Sekundarschule ist das die Realität. Psychische Gesundheit ist in der Schule genauso wichtig wie Mathe oder Deutsch, doch im Alltag fehlt oft der Raum dafür. Der Übertritt von der zweiten in die dritte Sekundarstufe war nicht nur für mich, sondern auch für andere Jugendliche eine der stressigsten Zeiten unseres Lebens. Es war nicht nur der Druck der Prüfungen und der Berufswahl, sondern auch das Gefühl, keine Pause oder Zeit zum Atmen zu haben. In dieser schweren Zeit sollte nicht nur das Schulische beachtet werden. Oft wird übersehen, wie es uns wirklich geht. Es fehlt an verständnisvollen Ansprechpersonen, Angeboten und Möglichkeiten, offen über Sorgen zu sprechen. Darum fordern wir, dass die Stadt Zürich einen Rahmenkredit spricht, um die psychische Gesundheit an der Sekundarschule zu stärken. Die Schulsozialarbeit soll mehr Ressourcen bekommen, damit sie häufiger vor Ort ist. Bestehende Programme sollen an allen Schulen umgesetzt werden. Zudem braucht es mehr präventive und aufklärende Angebote, besonders für Schülerinnen und Schüler ab der achten Klasse, wenn der Druck durch die Berufswahl besonders gross ist. Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass wir Jugendliche überhaupt lernen, wachsen und unsere Zukunft gestalten können. Es braucht keine schnellen Lösungen, sondern echte, langfristige Unterstützung. Eine Schule, die auf unsere seelische Gesundheit achtet, ist eine Schule, die uns wirklich stark macht.

Stefan Urech (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Dass dieser Übertritt so eine schwierige Zeit mit vielen Fragezeichen und hohem Druck darstellt, tut mir leid und ist mir bewusst. Wenn ich höre, dass es in der Stadt an Ansprechpersonen fehle, ist das für mich eine Kritik am Schulpersonal. Denn in meiner Schule ist der Klassenlehrer oder die Klassenlehrerin die erste Ansprechperson. Diese sollten immer ein



offenes Ohr für die Gefühlslage, Schwierigkeiten und Engpässe haben und im Moment weiterhelfen können. Wenn das Problem die Kompetenz eines Klassenlehrers übersteigt und es einen Sozialarbeiter braucht, ist das so. Im Normalfall gehört Zuhören aber zum Aufgabenbereich eines Klassenlehrers. Vor Kurzem wurden die Stellenprozente der Sozialarbeiter bereits erhöht und es gibt viele weitere Anlaufstationen. Neue Anlaufstellen zu schaffen, ist in diesem Zusammenhang nicht zielführend. Die Lehrpersonen müssen daran arbeiten, bessere Ansprechpersonen zu werden.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Junge Mitte lancierte vor Kurzem eine Volksinitiative zur besseren Versorgung psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher. Euer Vorstoss geht in dieselbe Richtung. Die Initiative ist im Kantonsrat unbestritten und wurde grösstenteils ohne Volksabstimmung umgesetzt. Jeder Franken, den wir in Schulen für die Prävention einsetzen, um auf die psychische Gesundheit zu achten und Erkrankungen zu verhindern, ist gut investiert. Darum wird die Die Mitte/EVP dem Vorstoss zustimmen. Stefan Urech (SVP), es geht nicht darum, dass ihr einen schlechten Job machen würdet, sondern dass das Anliegen mehr Ressourcen bekommt. Zeit ein wichtiger Faktor.

Moritz Bögli (AL): Die AL begrüsst den Vorstoss sehr. Die psychische Gesundheit in der Sekundarschule zu stärken, ist für uns unglaublich wichtig. Die Jugend ist eine prägende Phase. 50 Prozent der psychischen Erkrankungen beginnen vor dem 18. Lebensjahr. Das früh zu erkennen und behandeln zu können, ist für alle Beteiligten eine Win-win-Situation. Die Schule ist ein zentraler Lebensraum, wo Jugendliche einen grossen Teil ihres Alltags verbringen. Dort soll man einen Raum schaffen, wo man sich mit psychischer Gesundheit auseinandersetzen kann. Das hat nicht nur auf die Gesundheit selbst Auswirkungen, sondern bedeutet auch einfacheres Lernen. Die psychische Belastung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt in letzter Zeit immer mehr zu. Diese Entwicklungen sollten wir ernst nehmen. Darum stimmen wir dem Vorstoss zu.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Die Jugend ist eine herausfordernde Zeit. Eine Studie der UNICEF aus dem Jahr 2021 zeigt, dass 37 Prozent der Jugendlichen Anzeichen einer Angststörung oder Depression aufweisen. Gemäss einer weiteren Studie sind 59 Prozent der Jugendlichen im Kanton Zürich von Cybermobbing betroffen. Das hat einen Einfluss auf die psychische Gesundheit. Jugendliche, die Unterstützung brauchen, sollen diese schnell erhalten. Das hängt von den verfügbaren Ressourcen ab. Weiter sind Präventionsangebote von entscheidender Bedeutung. In der Stadt Zürich gibt es das Angebot «Heb Sorg», das sich an alle zweiten Sekundarklassen richtet. Es braucht aber mehr Effort, da die psychische Gesundheit so extrem wichtig ist. Darüber wird allgemein zu wenig gesprochen und das Thema tabuisiert, obwohl der Diskurs offener wird. Vor Kurzem forderten wir in diesem Rat mehr Schulsozialarbeitende, die äusserst wichtige Arbeit leisten. Auch Lehrpersonen leisten wichtige Arbeit, doch es braucht noch mehr Ressourcen beim Schulpsychologischen Dienst. Wir unterstützen den Vorstoss.



Yasmine Bourgeois (FDP): Der Bedarf an Unterstützung bei psychischen Problemen bei Jugendlichen steigt ständig, insbesondere seit Corona. Das macht auch uns von der FDP Sorgen. Im Vorstoss wird erwähnt, dass bspw. die Schulsozialarbeit ausgebaut werden soll. Eigentlich bin ich gegen einen ständigen Personalausbau bei Schulen, da das Problem nicht bei den fehlenden Ressourcen, sondern beim Schulsystem liegt. Dieses ruft extrem viele Abklärungen beim schulpsychologischen Dienst hervor. Hätten wir Förderklassen, würden diese Ressourcen zielgerichteter eingesetzt werden, was dazu führt, dass die psychische Gesundheit mehr Raum erhält. Nichtsdestotrotz sieht die FDP den dringenden Handlungsbedarf. Darum unterstützen wir den Vorstoss. Wir sehen, dass die Schulsozialarbeit wichtige Unterstützung leisten und mit wachsamen Augen an der Schule präsent sein kann, um Familien und Kinder mit schwerwiegenden Problemen aufzufangen. Gerade aus liberaler Sicht ist es wichtig, nicht jeden Fall eine Sache der Behörden und Therapie zu machen.

Christine Huber (GLP): Die GLP unterstützt den Jugendvorstoss. Die Junge GLP unterstützt die Volksinitiative der Jungen Mitte zur psychischen Gesundheit inhaltlich. Der Vorstoss geht in eine ähnliche Richtung, darum wird er unterstützt. Das Angebot ist zu klein angesichts der Nachfrage. Solange das so ist, muss etwas unternommen werden.

Dominique Späth (SP): In Anbetracht der aktuellen Probleme im Bereich der psychischen Gesundheit scheint das Anliegen der Jugendlichen nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Gerade in der Zeit der Berufswahl in der Sekundarschule, in der wichtige Weichen gestellt werden, ist die Unterstützung momentan unterdotiert und auf einzelne akute Fälle fokussiert. Die meisten, wenn nicht sogar alle Jugendlichen brauchen in dieser spezifischen Zeit ergänzende soziale und psychologische Betreuung. Die Jugendlichen suchen in dieser Phase nicht nur einen Beruf, sondern auch ihre Identität. Die Jugendlichen schlagen vor, das Problem mit dem Ausbau der Präsenzzeiten der Schulsozialarbeit zu beheben. Das ist ein realistischer Ansatz, den die SP-Fraktion unterstützt.

Der Jugendvorstoss wird gemäss Art. 159 Abs. 1 GeschO GR als Postulat GR Nr. 2025/259 (Umwandlung) mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat